

Gekränkt, unverstanden, defensiv

Autor(en): Daniel Gerny
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 2011

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/d2a5eefb-4b56-4e8b-bc01-d87154c44901>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

GEKRÄNKT, UNVERSTANDEN, DEFENSIV

Basel stellt sich in der Schweizer Politik
oft an den Rand



Hoher Besuch aus Bern im Theater Basel: Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey nach der Basler Sitzung des Gesamtbundesrats vom 19. Oktober 2011

Reflexartig schoss es aus Stadtpräsident Guy Morin hervor, als der Nationalrat im Sommer 2011 nüchtern und kühl rechnend beschloss, die Städte im Rahmen des Finanzausgleiches nicht mit zusätzlichen Millionen für ihre Sonderlasten abzugelten: Basel, verkündete Morin am Tag nach dem Berner Verdikt, über das bezeichnenderweise nicht einmal abgestimmt wurde, brauche in Bern endlich einen eigenen Lobbyisten, nur so erhalte man Gehör. Es war

die alte Forderung, die stets wiederkehrt, wenn sich Basel in Bern zu kurz gekommen fühlt.

Freilich: Überraschend kam der finanzpolitische Entscheid aus Bern keineswegs, denn seit jeher haben die ländlichen Regionen im Bundeshaus gegenüber den Städten Oberrhein, wenn es um die Verteilung von Subventionen und Ausgleichszahlungen geht. Ein durch die Wandelhalle schleichender Lobbyist mit Basler Dialekt hätte daran

nichts geändert. Nirgendwo aber löste die Zurückweisung der Forderung stärkere Irritationen aus als in Basel.

Zutage trat nicht bloss der Frust über eine Niederlage, wie sie im Parlament täglich dutzendfach vorkommt, sondern die Stadt schien gekränkt über den Affront aus Bern. Man nahm am Rheinknie wieder einmal einen Ausdruck der Geringschätzung wahr. Denn ob Finanzausgleich, Wisenberg-Tunnel oder Bundesratswahlen: Stets sieht sich Basel im Nachteil – und neigt als Folge dazu, in eine Mischung aus verzweifelter Selbstmitleid und trotziger Verunsicherung zu verfallen.

Dabei ist das Gefühl nicht falsch, dass Basel – immerhin drittgrösste Stadt und zweitstärkste Wirtschaftsregion – im Rest der Schweiz oft ungenügend beachtet wird. Stadt und Region kommen zu schlecht weg, denn sie liegen am Rande des Landes, jenseits des Hauensteins, abgeschottet durch die Hügel des Juras, weitab der Zentren, die den Takt der Nation bestimmen. Die innenpolitischen Nachteile dieser geografisch ungünstigen Lage zeigten sich früh: Das Bundeshaus steht in Bern, das Bundesgericht in Lausanne, der nationale Flughafen in Kloten, das Landesmuseum in Zürich. Und auch als 1959 um den Standort für die zukunfts- und prestigeträchtigen Fernsehstudios gefeilscht wurde, entschied sich das zuständige Departement gegen Basel – wobei Bern in dieser Sache sogar den ausdrücklichen Willen der SRG-Generalversammlung überging.

Die Nachteile sind offensichtlich: Allein schon die Folgen der Abwesenheit der nationalen Medien wirken sich für die Region zum Nachteil aus. Von den klassischen überregionalen Tageszeitungen hält einzig die «Neue Zürcher Zeitung» an einem festen Korrespondenten in Basel fest. Auch anderswo ist mangelndes Interesse statistisch nachweisbar. Ereignissen in Zürich werde auf DRS 1 fast sechsmal so viel Sendezeit

eingeräumt wie solchen in Basel, stellte eine BAKOM-Studie im letzten Jahr fest. Beim Schweizer Fernsehen sind die Zahlen ähnlich, hinzu kommen handwerkliche Fehler als Folge der fehlenden Kenntnisse über die Region.

Mitunter sieht sich die Basler Regierung gar zur Intervention in Leutschenbach gezwungen, um die schlimmsten Auswüchse zu korrigieren – wie im Fall jener «Schweiz aktuell»-Serie, in der die Redaktion nach der letzten Finanzkrise aus dem «Krisengürtel» berichtete. Mitten im Krisengebiet, tiefrot eingefärbt, platzierten die Macher Basel-Stadt. Dabei verzeichnete der Kanton dank der Pharmabranche unterdurchschnittliche Arbeitslosenquoten und Steuerausfälle, präsentierte gerade eine Reihe neuer architektonischer Highlights zur Belebung des Wirtschafts- und Kulturbetriebs und meldete wachsende Einwohnerzahlen.

Doch nicht nur die geografische und mediale Randlage tragen dazu bei, dass Basel nicht in den schweizerischen Raster passt. Basel ist seit jeher urban, während die Schweiz auf eine vorwiegend landwirtschaftlich geprägte Tradition zurückblickt: Zu einem Zeitpunkt, als Bern und Zürich noch bessere Dörfer waren, positionierte sich Basel als europäische Grossstadt. Man handelte mit Freiburg und Strassburg, beherbergte das Konzil, gründete die erste Universität auf dem Gebiet der Eidgenossenschaft, investierte in Kunst und Kultur und trieb die industrielle Entwicklung voran. Bis heute prägt die städtische Geschichte den Kanton, während das Bewusstsein für die ländliche Schweiz unterentwickelt ist. Basel sieht die Welt anders als die ländliche Schweiz – das zeigt sich selbst im therapiebedürftigen Verhältnis zum Basler Landkanton. Die Zersplitterung der Kräfte in der Region führt dazu, dass die zahlenmässig dünn gesäten Abgeordneten beider Basel im Bundeshaus offen gegeneinander antreten und ohnehin spärlich vor-

handene Wirkungskraft in Eigenregie neutralisieren.

Gleichzeitig fehlt der Stadt – abgesehen von Basels Haus- und Stararchitekten Herzog & de Meuron – das genügend grosse Potenzial an kreativen Querdenkern und Störenfriedern, die auch auf der gesellschaftlichen und politischen Bühne das unkonventionelle Denken befeuern. Werber, Designer, Medien, Künstler oder Internet-Pioniere zieht es etwa nach Zürich oder ins Ausland, weshalb Basel trotz dichtem Kulturangebot etwas Verschlafenes anhaftet. Das schlägt sich auf sein städtisches Selbstbewusstsein und auf die mediale Ausstrahlung nieder. Denn über Uninspiriertes berichtigt man nicht.

Während Zürich für sich frech den Slogan «Downtown Switzerland» in Anspruch nimmt und sich selbst der Aargau zur gewichtigen Grossregion verklärt, wiederholt man in Basel Mal um Mal die Klage über fehlende Allianzen in der Region und mangelndes Gewicht in Bern. Hilflös sucht Basel die Ursachen über die eigenen Misserfolge wahlweise im Baselbiet oder im Rest der Schweiz. Statt selbst den Takt anzugeben und Anerkennung für eigene Projekte einzufordern, wird das lieb gewonnene «Basel tickt anders»-Understatement gepflegt. So sind es vor allem Basler Schrulligkeiten wie der bizarre Kampf um Raucherlokale, die zum nationalen Thema werden.

Dabei wäre mit etwas weniger Bescheidenheit mitunter einiges zu erreichen. Nicht nur die grossen Würfe wie die weitherum bewunderte Basler «Hafencity»-Vision sind dabei gefragt, sondern mehr Präsenz in der unspektakulären Alltagspolitik. Als sich die Politik im Kanton Zürich 2010 eine heftige Debatte darüber lieferte, ob es Sozialhilfeempfängern erlaubt sein solle, ein Auto zu besitzen, waren Basels Behörden längst einen Schritt weiter. Still und leise hatten sie das Auto für Sozialhilfeempfänger bereits Anfang Jahr gestrichen. Doch

selbst als die heikle Frage die halbe Schweiz umtrieb, griff der zuständige Departementschef Christoph Brutschin nicht aktiv in die Debatte ein. Basels Selbstzweifel und die rot-grüne Angst davor, als unsozial missverstanden zu werden, führten so dazu, dass seine Vorreiterfunktion auf diesem Gebiet kaum wahrgenommen wurde.

Gekränkt, unverstanden, defensiv: Es ist ein komplexes Verhältnis von Wechselwirkungen, das zu Misserfolgen in der Politik, zur unterdurchschnittlichen Präsenz in den Medien und zum verkrampften Umgang der Stadt mit dieser Misere führt. Dabei ginge es auch anders: Als der Ständerat im Frühjahr 2010 per Notrecht verlangen wollte, dass die Kostenfolgen der neuen Spitalfinanzierung auf die Kantone abgewälzt werden, agierten Basler Politiker an vorderster Front gegen das Ansinnen. Es zahlte sich aus, dass Basler Exponenten nicht nur in der zuständigen Parlamentskommission vertreten waren, sondern überdies auch in den Vorständen der beiden Konferenzen der kantonalen Finanz- und der Gesundheitsdirektoren. In früheren Jahren waren die Basler Regierungsmitglieder in diesen Gremien kaum anzutreffen gewesen – wahrzunehmen schon gar nicht. Nun aber trugen die Basler Connections massgeblich dazu bei, dass der Ständerat von seinem Vorhaben abbrückte und die Kantone nicht zusätzlich zur Kasse gebeten wurden.

Es war unspektakuläre Politik, eingefädelt ohne Lobbyisten vom Rheinknie und ohne laute Töne, aber vorangetrieben von schweizweit vernetzten Basler Politikern. Den Baselstädter Steuerzahlern ersparte die klandestine Aktion fünfzig Millionen Franken.